

Wossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Schriftleitung und Verlag: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26. Fernsprecher: Ortverkehr Dönhof (A7) 3600-3665, Fernverkehr Dönhof 3686-3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postschek-Konto: Berlin 660.

Berlin

Bezugspreis monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: mm-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. mm-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer.

15 Pf. Nr 373

SONNTAG, 6. AUGUST 1933

MORGEN-AUSGABE

Ein Senat der NSDAP

Hitler-Rede auf der Führertagung

BERCHTESGADEN, 5. AUGUST

Die Reichspräsidenten der NSDAP teilte mit: „Die Führertagung der NSDAP nahm Sonnabend auf dem Oberloisberg bei Berchtesgaden ihren Fortgang. Im Mittelpunkt stand die große Rede, die der Führer vor den versammelten Reichsleitern und Gauleitern hielt.

„In seinen großangelegten dreistündigen Ausführungen, die sich mit der innerpolitischen, wirtschaftspolitischen und außenpolitischen Lage befaßten, erinnerte der Führer einleitend daran, daß er hier an einer für die NSDAP historischen Stelle spreche. Dies in diesem Saale seien einst die Pläne entworfen worden zur ersten Erhebung der Partei im November 1923, die zwar noch nicht zum Erfolg geführt habe, aber dennoch für die Entwicklung der Bewegung von großer Bedeutung sei.

Wenn man damals nicht wenige Tage vor dem Loszuges der anderen gehandelt hätte, wäre das Verbot des Bandenspiels auf die andere Seite übergegangen, was vorausichtlich das Ende des Reiches bedeutet haben würde. Hier sei ferner der „Aufstand“ zu erwähnen für viele Fühlende der Bewegung, insbesondere auch für unsere unerschütterlichen „Eiseren“ Kameraden. Hier habe man auch früher die Pläne zur Reorganisation der Partei gemacht. Man habe hier oben in den Bergen manches viel Härteres als unter den Menschen, und auch in der Zeit, die er jetzt hier oben verbringe, wieder solche Ereignisse seien.

Zur innerpolitischen Lage führte Adolf Hitler u. a. aus: Die letzten sechs Monate, die uns in dem Besitz der gesamten Staatsgewalt gebracht hätten, seien die Rechtfertigung für sein

Handeln im letzten Jahr gewesen, zugleich aber auch die Rechtfertigung für das Vertrauen, das die Führung in die Partei lebe. Hieraus ergäben sich auch die Konsequenzen für die Gestaltung der Zukunft. Der Führer ließ seinen Zweifel darüber, daß die Partei die Macht auch mit allen Mitteln zu verteidigen entschlossen sei. Ordnung im eigenen Saale sei die erste Aufgabe, und für unsere Stellung in der Welt. Wichtig sei, daß die Herrschaft im Saale von einer den Zufälligkeiten entzogenen stabilen Institution garantiert werde. Unabhängig von Personen müsse daher die Macht der Bewegung für alle Zukunft gesichert werden. Darum sei eine Organisation notwendig, die so geartet sei, daß sich aus ihr heraus die Führung immer wieder von selbst erneuern und ergänzen.

Die Partei wolle sich ihre Führungshierarchie aufbauen in einem Senat der Ältesten, bestreuten und treuen Parteigenossen. Sie müsse in ganz großen Zeiträumen werden, denn sie sei dazu berufen, das Leben des Volkes zu garantieren. Wichtigste Pflicht bei der Partei dürfe nicht Genuß, sondern Ehre nach sich zu ziehen. Die herrliche Idee der Bewegung aber müsse das ganze Volk beherrschen. Es müsse Wert darauf gelegt werden, allmählich eine Tradition der Bewegung zu schaffen. Schon aus diesem Grunde werde die Zeitung der Bewegung für immer in München bleiben, ebenso wie die Parteitage auch für die Zukunft und zwar alle 2 Jahre in München abgehalten werden sollen. Aus der inneren Ordnung vor dieser Exaltation und dem Geleiteten würden der Bewegung für die Zukunft unerhöhte Kräfte erwachsen.

Deutschland und Oesterreich

Im Widerspruch zu den Wossischen Punkten zog das Reichsamt die Trennungstrennung zwischen den beiden Deutschen Ländern. Während ganz Europa unter das Nationalitätsprinzip gestellt wurde, blieb Deutschland von ihm ausgeschlossen. Während das Recht der Nationalitäten allen europäischen Völkern gewährt und zur Basis der europäischen Neuordnung gemacht wurde, schuf man für Deutschland ein Ausnahmerecht. Es gab hinfort das Recht der Erben des habsburgischen Staates und das Recht der Enterten — Deutschlands sowohl wie Deutsch-Oesterreichs. Der europäischen Geschichte wurden dadurch die Geleise ihrer Entwicklung vorgezeichnet.

Zweimal haben Deutschland und Deutsch-Oesterreich ihre Gleichberechtigung sich zu nehmen gesucht: in der Weimarer Verfassung und in dem Jubiläumspakt Curtius-Schöber. Beide Male mißlang es. Beide Male handelte es sich nicht nur um eine politische Aktion, sondern um die Erfüllung einer nationalen Sehnsucht. Eine politische Aktion kann scheitern. Aber eine nationale Sehnsucht kann nicht sterben.

Die Entmündigung, die die Verträge von Versailles und von St. Germain eindeutig vorgezeichnet, kommt nicht zur Ruhe. Seine von deutscher Seite der Wunsch und der Wille zur Erreichung des erstrebten Ziels bestehen nicht, so sucht die Geschichte ihm alle Wege noch fester zu verbarrieren. Der Sardesische Donauplatz war der letzte große Versuch der französischen Diplomatie nach dieser Richtung. Nicht nur die Grenzen zwischen Deutschland und Oesterreich wollten man stabilisieren, sondern man wollte auch Oesterreichs Geist und Willen in anderer Richtung orientieren. Man wollte den „österreichischen“ Menschen vom deutschen Menschen trennen, wie man den österreichischen Staat vom deutschen Staat getrennt hatte.

Kann ein solcher Versuch jemals gelingen? In Oesterreich selber hat man jetzt den österreichischen Menschen entdeckt. Aber er ruht auf den Bonnetten des Seeresministers Baugoin und des Sicherheitsministers Fej. Er ruht auf der Unterdrückung der nationalsozialistischen Partei und der jüdischen Heimwehr. Man ist richtig, daß die Zeit der Verfolgung die NSDAP im Reich groß gemacht hat und sie auch in Oesterreich groß machen werde, so wird dort jetzt alles gesehen, um ihr den Vorrang zu sichern. Kein Tag, an dem nicht über Tugende von Anhängern der Partei wegen verbotener politischer Betätigung lange Haftstrafen verhängt, Angehörige des Bundesheeres oder Beamte auf die Straße entbriert werden. Die nationalsozialistische Presse ist tolllos unterdrückt worden. Ein sehr großer Teil der Bevölkerung ist mundtot gemacht. So fihert sich der „österreichische Mensch“. Der Landbau aber mit seiner eigenen nationalen Ständekörnung will um keinen Preis eine Veräusserung des Dritten Reichs, er hält sich bereit für eine spätere Koalition mit den Nationalsozialisten. Für die deutsche Regierung aber ist es in jedem Sinne unmöglich, mit einer österreichischen Regierung zu patzieren, deren weltanschaulicher Programmpunkt die Achtung des Nationalsozialismus in Wort und in Tat darlegt. Nicht alle Deutschen sind Nationalsozialisten. Aber alle Deutschen ohne Unterschied der politischen Anschauungen müssen es, nachdem der Nationalsozialismus in Deutschland die Herrschaft angetreten hat, als unerträglich empfinden, wenn eine österreichische Regierung sich bewußt und grundfalsch gegen die neue deutsche Regierung stellt und Oesterreichs Leben vom deutschen Leben zu trennen sucht.

Die letzten Tage haben gezeigt, wie bereit die französische Politik ist, liberal dort einzugreifen, wo sie glaubt, Deutschland Schwierigkeiten machen zu können. Frankreich, selber nicht in der Lage, den Staaten des Donauraumens etwas anderes zu bieten, als Pläne, von denen niemand jeht wird, mit fächeriger Röhre nach langem Zögern macht es scheint, den Selbstbott öffnet für die lange verdrängte österreichische Plutokratie, braucht die Konfikt. Es braucht sie, weil es nur auf diese Weise bei unangenehmer Situation entgehen kann, in die es durch seine Regierung, abjurisiert, gedrängt wurde. Man ist in Paris gezwungen,

Abkommen Danzig-Polen

Gegenseitige Zugeständnisse — Hitlerjugend besucht Polen

Eigene Meldung der Wossischen Zeitung

DANZIG, 5. AUGUST

Die vor vier Wochen nach der Warschauer Reise des Danziger Senats begonnene danzig-polnischen Verhandlungen haben heute in drei wichtigsten Streitfragen zu einer gegenseitigen Vereinbarung geführt, die heute nachmittags unterzeichnet wurde. Von Danziger, wie von polnischer Seite wird darüber folgendes Communiqué herausgegeben:

„Als Ergebnis der zwischen Danzig und Polen unter den Mitgliedern des hohen Kommissars in der letzten Zeit geführten Verhandlungen ist heute in der Residenz des hohen Kommissars ein Abkommen betreffend die Stellung polnischer Staatsangehöriger und anderer Personen polnischer Abstammung oder Sprache in Danzig paraphiert und ein Arrangement über die Ausübung des Danziger Senats durch Polen unterzeichnet worden. Die noch kritischen Fragen: Ausstellung von Pässen durch polnische Konsulate, Nationalitätsfragen bei internationalen Verträgen und gegenwärtigsten für Danzig in Danzig werden durch einen Briefwechsel zwischen dem Minister Bane und dem hohen Kommissar einerseits und dem Präsidenten des Senats und dem hohen Kommissar andererseits geregelt werden.“

Der Inhalt der Vereinbarungen wird voraussichtlich in einer Vollstausagung am Dienstag nächster Woche veröffentlicht werden. Wie von unterrichteter Seite verlautet, stellt die Vereinbarung ein Kompromiß zwischen der Danziger und der polnischen Auffassung dar. So hat in der Frage der Rechte der polnischen Staatsbürger in der freien Stadt sich die Danziger Seite zu Zugeständnissen bereitgefunden, während in der bei den anderen Streitfragen, namentlich der Frage der Ausübung des Danziger Senats durch Polen von der Warschauer Regierung Entgegenkommen nachgewiesen wurde. Durch die Vereinbarung ist ohne Frage, nachdem jeztverlang die Beziehungen zwischen Danzig und Polen so gut wie abgeklimmet waren, ein neuer Abschnitt in dem gegenseitigen Verhältnis der beiden Vertragspartner eingeleitet worden.

Als Auftakt der neu angeknüpften Beziehungen kann die heute auf polnische Einladung hin angetretene Reise einer Hitler-Jugend-Abteilung in das polnische Jugendlager Wana in der Hohen Tatra angesehen werden. Die Abteilung wurde am Nachmittag von dem Präsidenten des Senats selbst verabschiedet, der in einer kurzen Ansprache auf die politische Mission hinwies, die die Jugend-Abteilung in Polen zu vollbringen habe, nämlich der polnischen Jugend die nationalsozialistische Idee näherzubringen, das Verständnis dafür zu wecken, daß nach dem Wort des Führers der Nationalsozialismus niemals daran denke, fremdem Volkstum deutsches Wesen aufzudrängen, daß aber in Konsequenz dieser Anschauung es deutsches Volkstum auch ablehnen müsse, sich unter fremdem Volkstum zu beugen. Mit der Aufforderung, die freie Stadt und den Nationalsozialismus in Polen würdig zu vertreten, entließ der Präsident die Abteilung. Nach dem Besuch der Hitler-Jugend werden am 22. August auch Danziger Journalisten nach Polen reisen. Auch ein Gegenbesuch Warschauer Regierungsstellen in Danzig ist angedacht.

Hausdurchungen in der Rundfunk-Affäre

Verfahren eingeleitet

„In der dem Stundpunkt betreffenden Korruptionsangelegenheit ist von der Kriminalpolizei ein Verfahren eingeleitet worden, das sich gegen Alfred Braun, den Intendanten des Reichs, Dr. Magnus sowie gegen Ministerialrat Ciesielski richtet. Den Genannten wurden die Pässe abgenommen, außerdem wurde Hausdurchsuchung durchgeführt, bei denen erhebliche Mengen von Briefschaften aller Art beschlagnahmt worden sind. Die Durchsuchung der vorerwähnten Briefschaften, die unter Schutznahme von Sachverständigen erfolgt, dürfte noch einige Zeit in Anspruch nehmen.“